

29.11.2024

# Beschlussempfehlung und Bericht

## des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 18/10300 und 18/11300 (Ergänzung)

### 2. Lesung

## **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HHG 2025)**

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

**Berichtersteller**

Abgeordneter Olaf Lehne

### **Beschlussempfehlung**

Der Entwurf des Einzelplans 02 wird unverändert angenommen.



## Bericht

### A Beratungsergebnis der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 02 wurde vom

- Hauptausschuss	mündlich
- Ausschuss für Kultur und Medien	mündlich
- Ausschuss für Europa und Internationales und	Vorlage 18/3283
- dem Sportausschuss	mündlich

beraten. Zum Einzelplan 02 lag mit der Vorlage 18/2941 der Erläuterungsband zu den Beratungen vor. Zu den Beratungen des Hauptausschusses lagen die Vorlagen 18/2975 und 18/3149 vor. Zu den Beratungen des Ausschusses für Kultur und Medien lagen neben dem Einführungsbericht in der Vorlage 18/2975 auch die Vorlagen 18/3118, 18/3119 und 18/3141 vor. Zu den Beratungen des Ausschusses für Europa und Internationales lag die Vorlage 18/3238 vor. Zu den Beratungen des Sportausschusses lag die Vorlage 18/3259 vor.

- a) Der Hauptausschuss hat den Einzelplan 02 in seinen Sitzungen am 19. September 2024 und am 31. Oktober 2024 beraten. In seiner Sitzung am 21. November 2024 hat der Ausschuss den Einzelplan 02 abschließend beraten und über ein Votum an den HFA abgestimmt. Es wurden dort keine Änderungsanträge zur Abstimmung gestellt. Bei der Abstimmung über den Einzelplan 02, Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses, wurde dieser unverändert mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD angenommen.
- b) Der Ausschuss für Kultur und Medien hat den Einzelplan 02 in seinen Sitzungen am 19. September 2024 und 31. Oktober 2024 beraten. In seiner Sitzung am 21. November 2024 hat der Ausschuss den Einzelplan 02 abschließend beraten und abgestimmt. Änderungsanträge wurden nicht zur Abstimmung gestellt. Die kultur- und medienpolitisch relevanten Teile des Einzelplans 02 wurden mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD unverändert angenommen.
- c) Der Ausschuss für Europa und Internationales hat in seiner Sitzung am 20. September 2024 beraten und in seiner Sitzung am 14. November 2024 abschließend beraten und abgestimmt. Der Ausschuss hat über die Kapitel in seinem Zuständigkeitsbereich abgestimmt. Es lagen dort fünf Änderungsanträge der Fraktion der SPD zur Abstimmung vor. Hierbei wurde der Einzelplan 02 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP sowie der Fraktion der AfD unverändert angenommen.
- d) Der Sportausschuss hat den Einzelplan 02 in seiner Sitzung am 1. Oktober 2024 beraten und in seiner Sitzung am 19. November 2024 abschließend beraten und abgestimmt. Änderungsanträge lagen nicht zur Abstimmung vor. Der Einzelplan 02, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD unverändert angenommen.

## **B Ergebnisse des Berichterstattergesprächs**

Ein Berichterstattergespräch war entbehrlich. Der Vollständigkeit halber wird auf das Ausschussprotokoll der Haushaltsklausur des HFA APr 18/681 verwiesen.

## **C Votum des Unterausschusses Personal**

Der Unterausschuss Personal hat in seiner Sitzung am 26. November 2024 einvernehmlich auf die Abgabe eines Votums an den Haushalts- und Finanzausschuss zum Personaletat verzichtet. Der Bericht über das Ergebnis der Beratungen findet sich in der Vorlage 18/3337.

## **D Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss**

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 18/11520 - zu entnehmen. Das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsgesetz (Text) ergibt sich aus der Drucksache 18/11500.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 28. November 2024 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 02 befasst. Es lagen dort Änderungsanträge der Fraktionen von SPD, FDP und AfD vor. Das jeweilige Abstimmungsergebnis und das Abstimmungsverhalten ergeben sich aus dem Anhang.

## **E Abstimmung**

In der abschließenden Abstimmung zur 2. Lesung wurde der Entwurf des Einzelplans 02 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD **unverändert angenommen**.

Carolin Kirsch  
Vorsitzende

Anhang

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010      Ministerpräsident</b></p> <p><b>Titel 527 01      Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2025</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz 2024</b></td> </tr> <tr> <td>von    467.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">467.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um     154.300 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf    313.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Zwecks sparsamen Umgangs mit Steuergeldern sowie aufgrund des herrschenden Konsolidierungsdrucks im Landeshalt sollten Ausgaben für Dienstreisen mindestens um ein Drittel reduziert werden.</p>	<b>HH 2025</b>	<b>Ansatz 2024</b>	von    467.500 Euro	467.500 Euro	um     154.300 Euro		auf    313.200 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	AfD	ja
<b>HH 2025</b>	<b>Ansatz 2024</b>																				
von    467.500 Euro	467.500 Euro																				
um     154.300 Euro																					
auf    313.200 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010      Ministerpräsident</b></p> <p><b>Titel 531 10        Für Aufgaben der Presseinformation, Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2025</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz 2024</b></td> </tr> <tr> <td>von 1.710.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.715.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 564.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.146.100 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Zwecks sparsamen Umgangs mit Steuergeldern sowie aufgrund des herrschenden Konsolidierungsdrucks im Landeshalt sollten Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit mindestens um ein Drittel reduziert werden.</p>	<b>HH 2025</b>	<b>Ansatz 2024</b>	von 1.710.600 Euro	1.715.600 Euro	um 564.500 Euro		auf 1.146.100 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	AfD	ja
<b>HH 2025</b>	<b>Ansatz 2024</b>																				
von 1.710.600 Euro	1.715.600 Euro																				
um 564.500 Euro																					
auf 1.146.100 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p><b>Kapitel 02 010      Ministerpräsident</b>  <b>Titel 531 10        Aufgaben der Presseinformation und der Öffentlichkeitsarbeit</b></p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von 1.710.600 Euro  um 210.000 Euro  auf 1.500.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Ein Absenken auf das Vor-Corona-Niveau rechtfertigt sich durch ein geringeres Informationsbedürfnis durch das Ende der Corona-Krise, wodurch weniger Außenkommunikation notwendig ist. Die Möglichkeit des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz ergibt außerdem Einsparmöglichkeiten, indem die Öffentlichkeitsarbeit erleichtert wird. Eine weitere Konzentration des Leistungsangebots im Bereich der Informationsvermittlung ist ebenfalls möglich. Im Bereich Visuelle Dokumentation/Einsatz von Fotografinnen und Fotografen ist ebenfalls ein geringerer Einsatz anzustreben.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU      nein  SPD      nein  GRÜNE    nein  FDP      nein  AfD      ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010      Ministerpräsident</b></p> <p><b>Titel 531 20      Öffentlichkeitsarbeit der Ministerin/des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2025</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz 2024</b></td> </tr> <tr> <td>von      24.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">24.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um      8.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf      16.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Zwecks sparsamen Umgangs mit Steuergeldern sowie aufgrund des herrschenden Konsolidierungsdrucks im Landeshalt sollten Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit mindestens um ein Drittel reduziert werden.</p>	<b>HH 2025</b>	<b>Ansatz 2024</b>	von      24.000 Euro	24.000 Euro	um      8.000 Euro		auf      16.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	AfD	ja
<b>HH 2025</b>	<b>Ansatz 2024</b>																				
von      24.000 Euro	24.000 Euro																				
um      8.000 Euro																					
auf      16.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
AfD	ja																				



**Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 02 010      Ministerpräsident</b></p> <p><b>Titel 541 10      Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2025</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz 2024</b></td> </tr> <tr> <td>von 1.364.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.364.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 450.300 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 914.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Zwecks sparsamen Umgangs mit Steuergeldern sowie aufgrund des herrschenden Konsolidierungsdrucks im Landeshalt sollten Ausgaben für Repräsentation mindestens um ein Drittel reduziert werden.</p>	<b>HH 2025</b>	<b>Ansatz 2024</b>	von 1.364.500 Euro	1.364.500 Euro	um 450.300 Euro		auf 914.200 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	AfD	ja
<b>HH 2025</b>	<b>Ansatz 2024</b>																				
von 1.364.500 Euro	1.364.500 Euro																				
um 450.300 Euro																					
auf 914.200 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p><b>Kapitel 02 030 Europa</b>  <b>Titel 427 00 Ausgaben für die Beratung durch wissenschaftliche Sachverständige und Honorarkräfte</b></p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von 253.000 Euro  um 253.000 Euro  auf 0 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der Beamten- und Mitarbeiterzahlen der Landesregierung steigen Jahr um Jahr an. Daher kann erwartet werden, nicht noch auf externe Personalkräfte angewiesen zu sein.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU nein  SPD nein  GRÜNE nein  FDP nein  AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p><b>Kapitel 02 030      Europa</b>  <b>Titel 534 10        Ausgaben für die Europaaktivitäten des Landes und</b>  <b>                                 Pflege der europäischen Beziehungen</b></p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von 3.681.400 Euro  um 2.681.400 Euro  auf 1.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Eine Bewerbung der Europäischen Union ist weder Aufgabe des Landes NRW, im Interesse des Landes noch erforderlich. Daher sind durch Streichungen und Kürzungen massive Einsparungen möglich, ohne sinnvolle Projekte der europäischen Verständigung und Zusammenarbeit zu gefährden.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU      nein  SPD      nein  GRÜNE    nein  FDP      nein  AfD      ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p><b>Kapitel 02 030 Europa</b>  <b>Titel 685 30 Zuschüsse zur Förderung von grenzüberschreitenden Maßnahmen</b></p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von 1.308.000 Euro  um 380.000 Euro  auf 1.000.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Der allgemeine Sparzwang sowie eine Priorisierung auf andere Aufgabenfelder erfordern eine Kürzung in allen Bereichen.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU nein  SPD nein  GRÜNE nein  FDP nein  AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p><b>Kapitel 02 030 Europa</b>  <b>Titel 686 10 Zuschüsse für Maßnahmen und Projekte zur Stärkung der Europafähigkeit einschließlich Regionales Weimarer Dreieck</b></p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von 999.000 Euro  um 699.000 Euro  auf 300.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die „Förderung von Europafähigkeit“ ist eine Tarnbezeichnung für Werbung für die europäische Union und die Förderung von politischen Vorfeldorganisationen. Dieser Titel kann auf die wenigen sinnvollen Initiativen gekürzt werden.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU nein  SPD nein  GRÜNE nein  FDP nein  AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p><b>Kapitel 02 040      Internationale Angelegenheiten</b></p> <p>Streichung des Kapitels</p> <p>von 8.307.900 Euro um 8.307.900 Euro auf 0 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Außen- und Entwicklungspolitik ist Bundessache. Parallele Strukturen auf Landesebene sind ineffizient und ein teures Prestigeprojekt für reisefreudige Minister. In Zeiten von Investitionsstau und Haushaltsdisziplin ist so etwas nicht finanzierbar. Das gesamte Ressort Internationales beim Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien ist daher ersatzlos zu streichen und Personal auf andere Aufgabenbereiche zu verteilen.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU      nein SPD      nein GRÜNE    nein FDP      nein AfD      ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 02 040 Internationale Angelegenheiten</b>  <b>Titel 633 00 Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 0 Euro  um 209.000 Euro  auf 209.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die Landesregierung begründet die Notwendigkeit dieser Erhöhung in ihrem Erläuterungsband zum Haushaltsentwurf 2024 auf S. 67 selbst: „Die Rolle der Kommunen nimmt im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit wie auch mit Blick auf die Agenda 2030 einen hohen Stellenwert ein. Die Kompetenz der Kommunen auf diesem Gebiet ist inzwischen breit anerkannt. Gerade auf der lokalen Ebene fallen viele Entscheidungen, von denen abhängt, ob die Agenda 2030 der Vereinten Nationen umgesetzt wird.“</p> <p>Die SPD-Fraktion im Landtag NRW teilt diese Aussage ausdrücklich. Menschen vor Ort erhalten einen praktischen Hebel, um selbst aktiv zu werden bei der Arbeit an und dem Finden von Lösungen für die großen globalen Herausforderungen. Diese lokale Selbstwirksamkeit kann durch das Engagement des Landes gestärkt werden, kommunale Partnerschaften in Schlüsselbereichen können unterstützt und durch</p>	<p><b>Votum AEI:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU nein  SPD ja  GRÜNE nein  FDP nein  AfD nein</p> <p><b>Abstimmung HFA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU nein  SPD ja  GRÜNE nein  FDP nein  AfD nein</p>

		<p>ausgewählte regionale Partnerschaften strategisch begleitet werden. Kommunen, die mit zivilgesellschaftlichen Akteuren gemeinsam gute Projekte umsetzen, sollen nun nicht mehr unterstützt werden. Es ist unverständlich, weshalb so wichtige und zudem gewachsene Strukturen mit hohem Output für wenig Geld restlos gestrichen werden. Der bisherige Ansatz soll mindestens erhalten bleiben.</p>	
--	--	--	--



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 02 040 Internationale Angelegenheiten</b>  <b>Titel 684 10 Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 276.500 Euro  um 106.000 Euro  auf 382.500 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die geplanten Kürzungen stellen eine nachhaltige Schwächung der Strukturen für entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit dar. Insbesondere die Netzwerkarbeit müsste nach der Aufbauarbeit der letzten Jahre mit tausenden neuen Kontakten in dieser Form wieder eingestellt werden, könnte die Wirkung der vorherigen Investitionen nicht mehr entfalten und die Engagement-Förderung würde geschwächt. Das ist das Gegenteil von nachhaltigem Wirtschaften, das ehrenamtliches Engagement und Bildungsarbeit unterstützt. Die viel beschworenen Bedarfe nach Beratung, Unterstützung, Service und Vernetzung könnten faktisch nicht mehr umgesetzt werden. Der bisherige Ansatz soll mindestens erhalten bleiben.</p>	<p><b>Votum AEI:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU nein  SPD ja  GRÜNE nein  FDP nein  AfD nein</p> <p><b>Abstimmung HFA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU nein  SPD ja  GRÜNE nein  FDP nein  AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 02 040 Internationale Angelegenheiten</b></p> <p><b>Titel 684 10 Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2025</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz 2024</b></td> </tr> <tr> <td>von 276.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">382.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 55.300 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 221.200 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die geplante Kürzung in diesem Titel sollte aufgrund der notwendigen Haushaltskonsolidierung und der beantragten Erhöhung anderer Titel höher ausfallen.</p>	<b>HH 2025</b>	<b>Ansatz 2024</b>	von 276.500 Euro	382.500 Euro	um 55.300 Euro		auf 221.200 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">CDU</td> <td style="width: 70%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	AfD	ja
<b>HH 2025</b>	<b>Ansatz 2024</b>																				
von 276.500 Euro	382.500 Euro																				
um 55.300 Euro																					
auf 221.200 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 02 040      Internationale Angelegenheiten</b>  <b>Titel 684 20        Promotorinnen- und Promotorenprogramm der entwick-</b>  <b>                                 lungspolitischen Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von    1.347.500 Euro  um     180.000 Euro  auf    1.527.500 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Das "Promotor*innen-Programm" (PP) des Eine-Welt-Netzwerks NRW leistet nachweislich unverzichtbare entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Über das Programm werden Millionen von Menschen in NRW erreicht und tausende von Eine Welt Engagierten unterstützt. Gerade bei den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen müsste dieses Programm, das Demokratie und Verständigung fördert, verdoppelt werden.</p> <p>Die Entscheidung der Landesregierung schadet diesem erfolgreichen, gesellschaftlich gut etabliertem Programm, das sich über Jahre bewährt hat. Das PP wurde bereits letztes Jahr durch die wegfallenden Landes- und(!) Bundesmittel erheblich geschwächt. Da die Mittel zu 60% vom Bund finanziert werden, fallen nicht nur die 180.000 Euro des Landes NRW weg, sondern darüber hinaus 60% an Bundesmitteln (270.000 Euro), was insgesamt einem Weniger von 450.000 Euro entspricht. Umgerechnet in PromotorInnen-Stellen bzw. Vollzeitäquivalente (VZÄ) bedeutet</p>	<p><b>Votum AEI:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU     nein  SPD     ja  GRÜNE   nein  FDP     nein  AfD     nein</p> <p><b>Abstimmung HFA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU     nein  SPD     ja  GRÜNE   nein  FDP     nein  AfD     nein</p>

		<p>dies, dass 5,5 volle Stellen wegfallen würden bzw. 0,75 VZÄ, also weitere 7,5 PromotorInnen-Stellen. Diese Finanzierungsunsicherheit und der geringen VZÄ ihrer Stellen orientieren sich PromotorInnen häufiger um, die Fluktuation steigt und es wird immer schwieriger, qualifiziertes Personal zu gewinnen. Doch für eine erfolgreiche Arbeit braucht es gerade hier einen verlässlichen und vertrauensvollen Kontaktaufbau zu den Akteur*innen in den Verwaltungen, der Wirtschaft, Stiftungen, den Sportvereinen usw.</p> <p>Die PromotorInnen müssen bereits mit Teilzeitstellen große Regionen abdecken, was zu Lasten von Quantität und Qualität ihrer Angebote geht – egal wie engagiert sie sein mögen. Konkret bedeuten die Kürzungen</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- weniger Zeit und Kapazitäten, um die engagierten Gruppen zu begleiten, zu beraten und zu unterstützen. Die Ehrenamtlichen brauchen dringend diese professionelle Stärkung, denn auch sie sind inzwischen Anfeindungen und Hass ausgesetzt.</li><li>- weniger Kapazitäten für die interkulturelle Öffnung und Unterstützung der migrantischen AkteurInnen. Hier müssen drei Stellen (jeweils 0,65 VZÄ) eingespart werden – was angesichts der angespannten gesellschaftlichen Lage nicht vermittelbar ist</li><li>- die Engagierten gerade im ländlichen Raum weniger unterstützen können.</li><li>- weniger internationale Partnerschaften aufbauen und fördern können, z.B. mit Partnern in Israel/Palästina oder der Ukraine</li><li>- weniger Kommunen dabei unterstützen können, politische Beschlüsse zur Agenda 2030 und den globalen Nachhaltigkeitszielen auf den Weg zu bringen.</li><li>- weniger Zeit haben, in Gremien mitzuwirken, um Politikprozesse – auch auf Landesebene, wie etwa zur Nachhaltigkeitsstrategie – zu beraten</li><li>- dass PromotorInnen weniger zu entwicklungspolitischem Engagement bei privaten Stiftungen/Stiftern beraten können.</li><li>- Prozesse in wichtigen Zielgruppen nicht so vorantreiben können, wie es wünschenswert wäre.</li><li>- weniger Projekte beantragen können.</li></ul>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	FDP	<p><b>Kapitel 02 040      Internationale Angelegenheiten</b></p> <p><b>Titel 684 20      Promotorinnen- und Promotorenprogramm der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Nordrhein- Westfalen</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2025</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz 2024</b></td> </tr> <tr> <td>von 1.347.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.527.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 347.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Die geplante Kürzung in diesem Titel sollte aufgrund der notwendigen Haushaltskonsolidierung und der beantragten Erhöhung anderer Titel höher ausfallen.</p>	<b>HH 2025</b>	<b>Ansatz 2024</b>	von 1.347.500 Euro	1.527.500 Euro	um 347.500 Euro		auf 1.000.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	AfD	ja
<b>HH 2025</b>	<b>Ansatz 2024</b>																				
von 1.347.500 Euro	1.527.500 Euro																				
um 347.500 Euro																					
auf 1.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 02 040      Internationale Angelegenheiten</b>  <b>Titel 684 30        Zuschüsse für den Einsatz junger Menschen in Entwick-  lungsländern - Konkreter Friedensdienst</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von                    0 Euro  um                    346.000 Euro  auf                    346.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Über den Konkreten Friedensdienst sind seit 1985 mehr als 10.000 junge Menschen aus Nordrhein-Westfalen gefördert worden, um sich in mehr als 50 Staaten der Welt in Projekten des Konkreten Friedensdienstes zu engagieren. In der Regel dauern diese selbstorganisierten die Einsätze zwischen 25 Tagen und zwölf Wochen. Teilnehmende bereiten sich aus eigener Initiative auf „ihr“ Projekt vor und planen den Auslandsaufenthalt in eigener Regie.</p> <p>Dieses niedrigschwellige Unterstützungsangebot, das für viele den ersten Einstieg in gelebte internationale Partnerschaft und das Verständnis für kulturelle Unterschiede fördert, würde mit dieser Kürzung komplett wegfallen. Es gibt kein vergleichbares Programm, um dies aufzufangen. Mit dieser Förderung – wenig Geld für eine große und nachhaltige gesellschaftliche Breitenwirkung – werden gerade Zielgruppen wie Auszubildende erreicht (Fokus Handwerk!), deren Zugang zu</p>	<p><b>Votum AEI</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein  SPD        ja  GRÜNE    nein  FDP        nein  AfD        nein</p> <p><b>Abstimmung HFA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU        nein  SPD        ja  GRÜNE    nein  FDP        nein  AfD        nein</p>

		<p>interkulturellen und entwicklungsbezogenen Themen eher erschwert ist. Damit fiele dramatischerweise ein wirkungsvolles Instrument zur Förderung von Weltoffenheit und Toleranz bei jungen Menschen weg, die die Landesregierung angibt in den Fokus zu nehmen. Faktisch ist das Gegenteil der Fall. Deshalb muss der Ansatz mindestens bestehen bleiben.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p><b>Kapitel 02 040 Internationale Angelegenheiten</b>  <b>Titel 685 00 Zuschuss an die Nordrhein-Westfälische Akademie für Internationale Politik</b></p> <p>Verringerung des Baransatzes</p> <p>von 1.800.000 Euro  um 841.000 Euro  auf 959.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Es ist den Steuern zahlenden Menschen in NRW kaum vermittelbar, weshalb sie eine Akademie für Internationale Politik für 1,8 Mio. Euro finanzieren sollen, damit acht Stipendien (Stand: 18. Oktober 2024) vergeben werden. Verwaltungs- und Personalaufwand für diesen geringen Output sind unverhältnismäßig, vor allem wenn man bedenkt, wie gering der Anteil dieser Kosten (z.B. 20%) bei manchen Förderprogrammen sein darf.</p> <p>Angesichts der Haushaltseinsparungen im Bereich Internationale Angelegenheiten, der einem wiederholten Kahlschlag für MultiplikatorInnen, die in die Breite der Gesellschaft für internationale Verständigung und Nachhaltigkeit wirken, zivilgesellschaftliches Eine-Welt-Engagement ausbluten lässt und über Jahrzehnte gewachsene Strukturen und Netzwerke zerstört, ist es unverantwortlich und unverhältnismäßig so hohe Geldbeträge in die Vergabebürokratie von acht Stipendien zu</p>	<p><b>Votum AEI:</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU nein  SPD ja  GRÜNE nein  FDP nein  AfD nein</p> <p><b>Abstimmung HFA</b></p> <p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU nein  SPD ja  GRÜNE nein  FDP nein  AfD Enthaltung</p>



		<p>stecken. Das bedeutet sehr viel Steuergeld in sehr wenige Menschen zu investieren. Es ist die Pflicht der Landesregierung angesichts der knappen Kassenlage hier für Verhältnismäßigkeit zu sorgen, wenn sie sich schon dafür entscheidet, einige Wenige auf Kosten von tausenden Engagierten und breiten Gesellschaftsschichten zu fördern.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis										
	AfD	<p><b>Kapitel 02 060 Medien</b></p> <p><b>Titel 546 00</b> Geschäftsbesorgungen durch die Film- und Medienstiftung NRW GmbH und die Internationale Film Schule Köln GmbH Absenkung des Baransatzes</p> <p><b>HH 2025</b> von 10.100.600 Euro um 1.200.000 Euro auf 8.900.600 Euro</p> <p style="text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2024</b> 9.770.600 Euro</p> <p><b>Begründung:</b> Hohes Versorgungsniveau: Nach den Erhöhungen im Haushaltsplan 2023 sind für 2025 weitere Erhöhungen zugunsten der IfS zur Deckung von steigenden Betriebsmitteln hinzugekommen. Es wird vorgeschlagen die Reduzierung der Mittel für die FMS um 600.000 Euro sowie die Reduzierung der Mittel der IFS Köln für Personal- und Betriebsausgaben um 600.000 Euro zu beantragen.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
CDU	nein												
SPD	nein												
GRÜNE	nein												
FDP	nein												
AfD	ja												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p><b>Kapitel 02 060 Medien</b></p> <p><b>Titel 682 00 Zuschüsse an die Film- und Medienstiftung NRW GmbH</b></p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2025</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2024</b></td> </tr> <tr> <td>von 17.171.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">17.171.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 5.130.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 12.041.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Nach den Haushaltseinsparungen i.H. von 549.600 EUR der FMS im Haushalt 2024 bedarf es auch im Haushalt 2025 eines weiteren, wichtigen medienpolitischen Schritts, der eine Streichung von 5.130.000 Euro für die Film- und Fernsehförderung umfasst - Die Förderung für Games und Web-Inhalte als Initial-Booster für den Gamesmarkt NRW soll dabei unberührt bleiben: Die bisherigen Finanzierungsmittel sind durch die verstärkte Finanzierung von Filmen und Serien durch Streaminganbieter nicht mehr bzw. nur mit dem Mitnahmeeffekt begründbar. Durch noch zielgerichtete Vergabekriterien für die Film- und Fernsehförderung kann die Barmittelsenkung in ihrer Auswirkung substituiert werden.</p>	<b>2025</b>	<b>Ansatz lt. HH 2024</b>	von 17.171.600 Euro	17.171.600 Euro	um 5.130.000 Euro		auf 12.041.600 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
<b>2025</b>	<b>Ansatz lt. HH 2024</b>																				
von 17.171.600 Euro	17.171.600 Euro																				
um 5.130.000 Euro																					
auf 12.041.600 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				



**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p><b>Kapitel 02 060      Medien</b></p> <p><b>Titel 683 10      Zuschüsse zur Fortentwicklung des Film- und Fernsehstandortes Nordrhein-Westfalen</b></p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <p><b>HH 2025      Ansatz lt. HH 2024</b>            von 1.640.000 Euro      2.735.400 Euro            um 600.000 Euro            auf 1.040.000 Euro</p> <p><b>Begründung:</b>            Das Minus im Haushaltsplan 2025 beruht auf Mittelverschiebung in andere Titel, Einsparungen sind direkt nicht vorgesehen. Die Beteiligung am Global Media Forum (GMF) wird weiterhin abgelehnt. Der 600.000 Euro Zuschuss, den das Land NRW in das GMF der Deutschen Welle in Bonn investiert hat, scheinen nicht die erwartete Werbewirkung zu haben. Im Anbetracht der bisherigen Werbewirkung und der bereits vorhandenen Finanzierung durch den Bund, ist eine weitere Teilfinanzierung des GMF durch das Land NRW nicht zu verantworten.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>CDU      nein            SPD      nein            GRÜNE      nein            FDP      nein            AfD      ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p><b>Kapitel 02 060 Medien</b></p> <p><b>Titel 685 10 Zuschuss an Grimme Institut GmbH</b></p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>HH 2025</b></td> <td style="width: 50%;"><b>Ansatz lt. HH 2024</b></td> </tr> <tr> <td>von 2.465.000 Euro</td> <td>2.345.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.465.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die Finanzierung eines privaten Instituts durch Steuergelder ist genauso kritisch zu sehen wie dessen ehemalige Finanzierung mit Rundfunkbeiträgen. Für eine ausreichende Gegenfinanzierung könnten neue Gesellschafter aus z.B. privaten Medien gewonnen werden.</p>	<b>HH 2025</b>	<b>Ansatz lt. HH 2024</b>	von 2.465.000 Euro	2.345.000 Euro	um 2.465.000 Euro		auf 0 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
<b>HH 2025</b>	<b>Ansatz lt. HH 2024</b>																				
von 2.465.000 Euro	2.345.000 Euro																				
um 2.465.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 02  
zum Haushaltsgesetz 2025**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p><b>Kapitel 02 060 Medien</b></p> <p><b>Titel 686 10 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke</b></p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"><b>2025</b></td> <td style="width: 50%; text-align: right;"><b>Ansatz lt. HH 2024</b></td> </tr> <tr> <td>von 1.050.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.175.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 510.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 540.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b>Begründung:</b> Die staatliche finanzielle Unterstützung eines neuen Journalismus-Instituts, das sich, wie das Mutterhaus im dänischen Aarhus (Constructive Institute), dem „Konstruktiven Journalismus“ verschrieben hat, kann als Kompensation für die eingestellte Journalistik-Stiftung „Vor Ort NRW“ der LfM verstanden aber nicht gebilligt werden. Nach der noch 2021 als sog. „Anschubfinanzierung“ des „Bonn Institute für Journalismus und konstruktiven Dialog“ dargestellten Subventionierung, soll jetzt eine Verstärkung des Flusses an Steuergeld folgen. Die marginale Absenkung der Zuweisungen genügt dabei nicht. AfD ist gegen eine solche Staatsintervention in den Journalismus. Eine zusätzliche Absenkung der Mittel für Medienveranstaltungen wird außerdem gefordert.</p>	<b>2025</b>	<b>Ansatz lt. HH 2024</b>	von 1.050.000 Euro	1.175.000 Euro	um 510.000 Euro		auf 540.000 Euro		<p><b>abgelehnt</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	GRÜNE	nein	FDP	nein	AfD	ja
<b>2025</b>	<b>Ansatz lt. HH 2024</b>																				
von 1.050.000 Euro	1.175.000 Euro																				
um 510.000 Euro																					
auf 540.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	nein																				
AfD	ja																				

